

Ulrich Tilgner  
Zwischen Krieg und Terror



Ulrich Tilgner

# **Zwischen Krieg und Terror**

Der Zusammenprall von Islam und  
westlicher Politik im Mittleren Osten

C. Bertelsmann



**Mix**  
Produktgruppe aus vorbildlich  
bewirtschafteten Wäldern und  
anderen kontrollierten Herkünften  
Zert.-Nr. SGS-COC-1940  
[www.fsc.org](http://www.fsc.org)  
© 1996 Forest Stewardship Council

Verlagsgruppe Random House FSC-DEU-0100  
Das für dieses Buch verwendete FSC-zertifizierte  
Papier EOS liefert Salzer, St. Pölten.

3. Auflage

© 2006 by C. Bertelsmann Verlag, München,  
einem Unternehmen der Verlagsgruppe Random House GmbH

Umschlaggestaltung:  
R·M·E Roland Eschlbeck und Rosemarie Kreuzer,  
unter Verwendung eines Hintergrundfotos von © CEERWAN AZIZ/  
Reuters/Corbis und eines Autorenfotos von © Elisabeth Stimming  
Kartographie: Hadish Bigdeli Shamloo  
Satz: DTP im Verlag  
Druck und Bindung: GGP Media GmbH, Pößneck  
Printed in Germany  
ISBN: 978-3-570-00932-1

[www.cbertelsmann.de](http://www.cbertelsmann.de)

# Inhalt

Einführung .....	9
------------------	---

## Erster Teil

### Iran und die Bombe

1. Eine neue Atommacht? .....	19
-------------------------------	----

Das nukleare Versteckspiel der Mullahs – Der Lieferant aus Pakistan – Halbherzige Verhandlungen der Europäer – Das Scheitern der Reformbewegung – Ahmadinejad als Antwort

2. Die Geschichte einer Erzfeindschaft .....	53
--	----

Die Besetzung der US-Botschaft in Teheran – Terrorismusvorwürfe gegen Iran – Iran nächstes Kriegsziel der USA? – Amerikaner verstärken psychologische Kriegführung – Irans strategische Rohstoffreserven

3. Risiko eines Krieges .....	95
-------------------------------	----

Wagenburgmentalität – Die Gefahr eines Flächenbrandes im Mittleren Osten – Verhandlungen statt Eskalation

## Zweiter Teil

### Der Krieg gegen den Terror

4. Der Irak versinkt in Chaos und Anarchie .....	113
--	-----

Die verhängnisvollen Fehler der Amerikaner nach dem Sturz Saddam Husseins – Der Krieg der Sunniten – Tägliche Gewalt und Verbrechen der US-Streitkräfte – Iraks wirtschaftlicher Verfall

5. Terroristen auf dem Vormarsch . . . . .	153
Propagandaoffensive der Terroristen – Terroristen nutzen Stammesstrukturen – Terror für den Bürgerkrieg	
6. Pulverfass Irak . . . . .	187
Erneutes Eingreifen von US-Soldaten – Ein Land droht auseinander zu brechen	
7. Rückschläge in Afghanistan . . . . .	209
Kabul: Tummelplatz der Hilfsorganisationen – Drogenbarone, Warlords und die Taliban	

### **Dritter Teil**

#### **Dialog statt Krieg**

8. Al-Kaida-Terror im Irak ignoriert . . . . .	229
Eine neue Phase des Terrors – Anschläge im Westen	
9. Historisches Umdenken . . . . .	247
Rekordhoch bei US-Militärausgaben – Primat der Politik – Religion verdrängt Nationalismus	
10. Dialog der Kulturen . . . . .	261
Feindbilder – Gescheiterter Demokratieexport – Zentrale Rolle des Völkerrechts	
 Anmerkungen . . . . .	 279
Personenregister . . . . .	287
Orts- und Sachregister . . . . .	291
Dank . . . . .	299

*Krieg ist nicht – ich wiederhole –, Krieg ist nicht  
»die Fortsetzung der Politik mit anderen Mit-  
teln«. Im Gegenteil – er stellt ein katastrophales  
Versagen politischen Könnens und Vorstel-  
lungsvermögens dar.*

Kofi Annan  
(UN-Generalsekretär  
1996 bis 2006)





## Einführung

Im Mittleren Osten steht das Politbarometer auf Sturm. Versuche, Krisen beizulegen, verkehren sich in ihr Gegenteil. Bis heute sind Diplomaten und Militärs gescheitert, das Ausufern der Gewalt einzudämmen. Der Konflikt um Irans Atomprogramm eskaliert, in Teilen Iraks herrscht Bürgerkrieg, und in Afghanistan gewinnen die Taliban erneut an Boden. Auch im Nahen Osten zeigen der Libanonkrieg und die Kämpfe im Gazastreifen, dass die Gewalt immer wieder ausbricht, solange die Ursachen der Konflikte ungelöst bleiben.

Scheitern prägt die westliche Politik im Orient. In immer neuen Formen tritt der Terrorismus auf. Militante Organisationen in der arabischen und islamischen Welt sehen im Terror die wirkungsvollste Kampfform in der Auseinandersetzung mit dem Abendland. In den Staaten des Westens verüben Einwanderer oder gar deren dort geborene Kinder Anschläge, ohne dass sie dabei aus dem Orient angeleitet werden. Der Preis, den die Welt bei dieser Eskalation der Gewalt zahlen muss, lässt sich noch nicht abschätzen.

Mich irritiert die Leichtfertigkeit, die viele Politiker in Europa und den USA veranlasst zu glauben, Menschen im Orient wünschten sich nichts sehnlicher, als an der westlichen Zivilisation teilzuhaben. Dabei zeigt sich immer deutlicher, dass weite Teile der islamischen Welt Lebensweisen ablehnen, wie sie sich in den westlichen Industriegesellschaften ausgeprägt haben. Oft

bildet Angst vor Überfremdung das entscheidende Motiv für die Gewaltausbrüche: sei es, dass sich Händler in Bazaren vor der Ausbreitung der Filialen von Supermarktketten fürchten, dass Stammesführer um ihre Vormachtstellung in seit Jahrhunderten von ihnen kontrollierten Gesellschaften bangen, dass sich Mütter um die Moral ihrer Töchter sorgen oder dass Geistliche gleich den Glauben insgesamt gefährdet sehen. Aus unterschiedlichen Motiven speist sich eine zunehmende Ablehnung der abendländischen Kultur, die nur zu leicht in Aggressionen gegen alles Fremde umschlägt. Dem Westen wird unterstellt, Begriffe wie »Frieden« und »Demokratie« zu missbrauchen, um die Region in wirtschaftliche und politische Abhängigkeit zu bringen.

In solch einer Atmosphäre können bereits kleine Fehler von Politikern, ungeschicktes Verhalten von Diplomaten oder falsches Auftreten von Soldaten Gräben vertiefen oder gar Brücken einreißen, die zwischen Orient und Okzident existieren und eigentlich genutzt werden müssten, um gemeinsame Interessen zu stärken und kulturelle Gegensätze zu überwinden. Den Akteuren vor Ort fehlt sehr häufig die Kraft, ihre Differenzen friedlich aus der Welt zu schaffen.

Im israelisch-arabischen Konflikt bricht die Gewalt periodisch immer wieder aus. Terror auf der einen Seite und staatliche Vergeltung auf der anderen (so die israelische Sicht) oder (vom Standpunkt der Araber aus) Besatzung durch eine fremde Macht und Terror als wirkungsvollste Form des Widerstands dagegen bilden eine Spirale der Gewalt. Keine der beiden Seiten ist in der Lage, diesen Kreislauf zu durchbrechen.

Die Unfähigkeit, den Konflikt um das iranische Atomprogramm bereits in seinen Anfängen zu entschärfen, das bisherige Scheitern beim Aufbau einer Zivilgesellschaft im Irak wie in

Afghanistan und die Hilflosigkeit gegenüber dem Terrorismus haben ähnliche Ursachen. Kulturen und Traditionen des Morgenlandes werden ignoriert und bei der Lösung von Problemen nicht berücksichtigt.

Wie sonst können Politikern Begriffe wie »Kreuzzug«<sup>1</sup> in der Auseinandersetzung mit dem Orient über die Lippen kommen? US-Präsident George W. Bush macht es sich zu leicht, wenn er meint, in gewissen Teilen der Welt werde er falsch interpretiert. Denn nur zu oft handelt es sich um mehr als Missverständnisse oder Naivität. Wenn in den Demokratien des Westens nicht einmal mehr vorstellbar ist, dass dort Zivilisten von Soldaten auf das Fürchterlichste gefoltert, erniedrigt oder sogar ermordet werden, warum nimmt man es dann ohne größere Anzeichen von Empörung hin, dass Soldaten westlicher Staaten solche Verbrechen im Orient begehen? Mit Doppelmoral allein lässt sich dieses unterschiedliche Verhalten nicht erklären. Arroganz und Überlegenheitsgefühl führen zur Verharmlosung, wenn es um die Bewertung verbrecherischer Aktionen in der Fremde geht. Dann darf es nicht verwundern, wenn sich die Kluft zwischen Morgen- und Abendland vergrößert. Mit dem Einsatz moderner Militärtechnik lassen sich solche Diskrepanzen nicht beseitigen. Das Heer Alexanders des Großen und die römischen Legionen mussten dies genauso erfahren wie die Kreuzritter und die britischen Kolonialtruppen.

Mit ihrem »Krieg gegen den Terror« haben die USA Kräfte gestärkt, die sie eigentlich aus dieser Welt verbannen wollten. Im Irak hat sich dies besonders deutlich gezeigt. Es sind keineswegs nur terroristische Zirkel, die sich von der Weltmacht angegriffen fühlen. Viele Gläubige in der Region argwöhnen, das eigentliche Ziel des Westens sei die Schwächung des Islam. So fällt es Osama bin Laden nicht sonderlich schwer, sich als gemäßigt und

als Verteidiger der Religion gegen eine äußere Bedrohung zu gerieren. In großen Teilen der islamischen Welt wird ihm mittlerweile stille, wenn nicht gar unverhohlene Sympathie oder Bewunderung zuteil. Die USA haben sich mit ihrer Verlegung auf militärische Mittel im Kampf gegen den Terrorismus in eine Sackgasse manövriert und somit für eine Eskalation der ohnehin bereits brisanten Situation gesorgt. Das Scheitern westlicher Politik spielt dem Terrorismus in die Hände.

Dabei sollten die Erfahrungen im Irak und in Afghanistan die Einsicht stärken, dass sich solche Konflikte auf militärischem Wege nicht lösen lassen. Damit wird die Atomkrise um Iran zur Nagelprobe, da sich eine diplomatische Lösung weiterhin nicht abzeichnet. Die USA sind entschlossen, den Aufbau des iranischen Atomprogramms im äußersten Fall mit Waffengewalt zu unterbinden, um Iran bereits im Vorfeld daran zu hindern, in den Besitz von Atomwaffen zu gelangen. Andererseits sieht die iranische Führung in der Entwicklung des Atomprogramms langfristig ein Mittel, das eigene System zu stärken. Ein Nachgeben gegenüber äußerem Druck würde in Teheran als Anfang vom Ende der eigenen Herrschaft empfunden.

Der Streit um die Mohammed-Karikaturen und die Empörung vieler Moslems über die Äußerungen des Papstes zum Islam belegen anschaulich, wie angespannt die Lage heute ist. Gegenseitiges Misstrauen erschwert Kompromisse. Im Wiederaufbrechen alter Konfliktlinien zeigt sich, dass die wirtschaftliche Globalisierung Kräfte im Abend- und im Morgenland mobilisiert, die bereits als überwunden galten. So droht sich die Bekämpfung des Terrorismus, mit der die USA auf die Anschläge vom 11. September 2001 geantwortet haben, zu einem Krieg der Kulturen auszuweiten. Politiker beider Seiten sehen sich im Recht, und manche glauben gar, in göttlichem Auftrag zu han-

deln. Präsident Bush etwa beansprucht, im Rahmen einer »Berufung von jenseits der Sterne für die Freiheit einzustehen«<sup>2</sup>. Madeleine Albright, die seinerzeit als US-Außenministerin die Koalition gegen Saddam Hussein aufbauen half, wirft ihm vor, Moslems in aller Welt vor den Kopf gestoßen zu haben, indem er sich einer absolutistisch-christlichen Rhetorik bediente, um außenpolitische Themen zu erörtern.<sup>3</sup> Bush selbst fühlt sich gründlich missverstanden. Nach den Terrorakten des 11. September habe er zu heftige Worte gewählt.<sup>4</sup> Allerdings brauchte er fünf Jahre, um zu bedauern, dass es nicht richtig gewesen sei, dazu aufzurufen, Osama bin Laden »tot oder lebendig« zu fassen. Künftig werde er in der Wahl seiner Worte größere Umsicht walten lassen, gelobt er Besserung.<sup>5</sup>

Damit zeigt Präsident Bush nur, dass die US-Regierung ihre Fehler nicht einmal oberflächlich aufarbeitet. Statt sich über die falsche Begründung, mit der die USA und Großbritannien 2003 in den Irak einmarschiert sind, Gedanken zu machen und sich zu fragen, ob man einen solchen Krieg überhaupt hätte führen dürfen, wenn die Bedrohung durch Massenvernichtungswaffen gar nicht existierte, werden andere Argumente nachgeschoben. Eigentliche Absicht sei gewesen, die Freiheit in der Welt zu verbreiten. Denn ihr Fortbestand in den USA hänge zunehmend von dem Erfolg der Freiheit in anderen Ländern ab, erklärte der Präsident zwei Jahre nach dem Angriff auf Irak. Und da laut seiner Diktion die größte Hoffnung für Frieden auf der Verbreitung der Freiheit in der gesamten Welt beruht, hatte Bush auch keine Skrupel, den Angriffskrieg als probates Mittel einzusetzen. Angesichts eines solch messianischen Weltbildes rückt ein Ende der Auseinandersetzungen zwischen Orient und Okzident in weite Ferne.

Im Konflikt zwischen Israelis und Arabern zeigt sich, wohin

die Anwendung von Gewalt führt, wenn darin ein Mittel gesehen wird, Frieden zu schaffen. Auch der jüngste Versuch Israels, die libanesische Hisbollah militärisch zu zerschlagen, blieb erfolglos, weil seit Jahrzehnten bestehende politische Defizite und Versäumnisse nicht durch den Einsatz von Soldaten ausgeglichen und nachgeholt werden können. Selbst wenn sich in den Kämpfen nur Hisbollah-Kommandos und israelische Truppen gegenüberstanden – auch der neue Libanonfeldzug Israels enthielt Elemente eines Stellvertreterkriegs.

Syrien und Iran haben die libanesischen Schiiten auch aufgerüstet, um mit ihrer Hilfe den Staat der Juden unter Druck zu setzen oder sogar anzugreifen zu können. Solange die syrischen Golanhöhen von israelischen Truppen besetzt sind, wird das Regime in Damaskus die Hisbollah als permanente Bedrohung Nordisraels nutzen. Und für Iran bilden die Kommandos der Schiiten im Libanon sogar eine Möglichkeit, die Fehde mit dem Westen, und hier vor allem mit den USA, auszuweiten, ohne selbst direkt beteiligt zu sein.

Die Brutalität bei den Auseinandersetzungen zwischen Israel und Arabern wurde allzu oft von Außenstehenden angeheizt. Diese Einmischung Dritter verschärft die Spannungen im Orient. Schon immer handelte es sich bei der von den arabischen Staaten propagierten Solidarität mit den Palästinensern vor allem um Lippenbekenntnisse, die in erster Linie von eigenen Schwierigkeiten ablenken oder um Unterstützung für völlig andere Zielsetzungen werben sollten. Saddam Husseins Raketen auf Israel im Jahre 1991 sind ein Beispiel dafür. Ihrem Einsatz lag die zynische Überlegung zugrunde, in der arabischen Welt zusätzliche Sympathien für den Krieg mit den USA zu erhalten. Heute nutzt Iran den Konflikt auch, um eigene Ziele im Atomstreit besser durchsetzen zu können.

Seit der Gründung des Staates Israel wird das explosive Verhältnis von Palästinensern und Israelis durch äußere Einmischung erschwert, ohne dass die internationale Gemeinschaft sich auf ihre Verantwortung besinnt, zur Normalisierung dieser Beziehungen beizutragen – eine Verantwortung, die nach dem Sechstagekrieg im Jahre 1967 nur gestiegen ist. Damals besetzte Israel den Gazastreifen, die Westbank und die Golanhöhen. Der Mangel an Entschlossenheit der arabischen Staaten, diese Gebiete den israelischen Truppen wieder zu entreißen oder durch Verhandlungen zurückzugewinnen, führte bei den Palästinensern zu einer Besinnung auf die eigene Stärke und löste damit eine Blüte des palästinensischen Nationalbewusstseins aus.

Erst der Kuwaitkrieg im Jahre 1991 setzte international Kräfte frei, den palästinensisch-israelischen Konflikt zu beenden. Auch wegen des in der arabischen Welt verbreiteten Antiamerikanismus drängten die USA auf ein Ende der Auseinandersetzungen und unterstützen Bemühungen hinsichtlich einer friedlichen Koexistenz beider Völker. Die Amerikaner müssen ihren Ruf in der arabischen Welt verbessern, wenn sie langfristig im Nahen und Mittleren Osten Einfluss gewinnen wollen.

Mit dem Abkommen von Oslo, in dem Israelis und Palästinenser sich verpflichteten zu verhandeln, um eine Annäherung zu erzielen, ergab sich eine historische Chance, Frieden zu schaffen. Doch der Prozess scheiterte, weil sich die internationale Staatengemeinschaft wieder nur sehr zögerlich bereit fand, die Umsetzung des Friedensplans mit Nachdruck voranzutreiben. Religiöse Fanatiker auf israelischer und palästinensischer Seite bekämpften eine nationale Aussöhnung und setzen sich damit zunächst einmal durch.

Auch dadurch verliert der Nationalismus, die treibende Kraft des Osloer Abkommens, an Dynamik. Er wird zerrieben zwi-

schen dem Prozess der Globalisierung und dem Rückfall in religiöse Denkmuster. Radikale islamische Organisationen im Gazagebiet und im Westjordanland kämpfen nicht mehr für die Bildung eines eigenen Staates an der Seite Israels, sondern für die Zerstörung des Staates der Juden – ein Ziel, dem sich auch die libanesische Hisbollah verschrieben hat. Deren Raketenangriffe beantwortet Israel mit einer Großoffensive. Doch die Entwicklung der Kämpfe zeigt, wie ungeeignet Krieg ist, um Frieden zu schaffen. Auch die Stationierung internationaler Truppen kann eine politische Lösung des arabisch-israelischen Konflikts nicht ersetzen. Dafür bedarf es gewaltiger diplomatischer Anstrengungen. Deren Ziel muss es sein, mit weltweiter Unterstützung die Grundlagen für die Bildung eines lebensfähigen palästinensischen Staates an der Seite Israels und ein dauerhaftes friedliches Verhältnis zwischen Israel und Syrien zu schaffen. Dies wären auch große Beiträge, um die Lage im Irak und in Afghanistan zu beruhigen und die Krise um das iranische Atomprogramm zu entschärfen. Statt Kampf und Krieg könnte Dialog das Verhältnis der Kulturen prägen.



**Erster Teil**

**Iran und die Bombe**



# 1 Eine neue Atommacht?

»Wir sind schon ein Atomstaat, und wir können die Atomtechnologie zu hundert Prozent anwenden. Wir werden sie für friedliche Zwecke nutzen, zum Beispiel in der Medizin und in der Landwirtschaft. Wir arbeiten nicht heimlich. Kameras der IAEA befinden sich überall. Wir sind nicht wie andere, die alles heimlich machen.«<sup>1</sup> Blufft Mahmoud Ahmadinejad nur, und will er damit von einem geheimen Waffenprogramm ablenken? International hat Irans Präsident seine Glaubwürdigkeit verspielt. Gilt er doch als skrupelloser Politiker, der in den Besitz der Bombe gelangen möchte und auch einen Krieg mit dem Westen nicht scheut, um iranische Großmachtsträume zu verwirklichen. Sicher ist nur, dass Iran bei der Entwicklung der Atomtechnologie wichtige Fortschritte erzielt hat und damit auch in der Lage wäre, eine eigene Bombe zu bauen.

Für Israel ist der Fall klar. Laut der Überzeugung von Ministerpräsident Ehud Olmert steht Iran an der Schwelle, Atomwaffen zu entwickeln.<sup>2</sup> Es sei nur noch eine Frage weniger Monate, bis die Islamische Republik sie besitze. Dabei vermochten iranische Techniker im April 2006 Uran bisher nur auf 4,5 Grad anzureichern. Dies ist zwar ein wesentlicher Schritt, doch die Mengen sind zu gering, und der Anreicherungsgrad ist viel zu niedrig, um eine solche Waffe zu entwickeln. Außerdem werden diese Bemühungen zur Beherrschung der Atomtechnologie von der »International Atomic Energy Agency« (IAEA), der

Internationalen Atomenergie-Behörde, mit Argusaugen überwacht. In den Medien der Islamischen Republik werden sie dennoch als Meilenstein in der Entwicklung des Landes gefeiert. Ahmadinejad übertreibt den Erfolg. Ihm geht es auch um eine Demonstration, den Eindruck zu erwecken, letztlich sei es seiner politischen Entschlossenheit zu verdanken, dass Iran es trotz internationaler Proteste gewagt habe, Uran anzureichern. Mit dieser Maßnahme – so der Präsident – erhielten das Regime und das Land die Anerkennung, die ihnen bisher verwehrt worden seien. Dabei verschweigt Ahmadinejad wohlweislich, dass die Anreicherung von Uran das Ergebnis einer jahrelangen Geheimpolitik der islamischen Führung darstellt, die weit vor seiner Präsidentschaft ihren Anfang nahm.

### *Das nukleare Versteckspiel der Mullahs*

Ob es binnen weniger Monate oder erst in einigen Jahren geschafft werden kann, sei dahingestellt – eines ist sicher: Iran verfügt über die Voraussetzungen zur Konstruktion von Atombomben. Eindeutige Erkenntnisse über den möglichen Zeitpunkt gibt es nicht. Beim Internationalen Institut für Strategische Studien (IISS) in London hegt man die Erwartung, dass es bereits 2010 so weit sein könnte. Die Politik solle von den schlimmsten Annahmen ausgehen, erklärt Institutsleiter John Chipman bei der Vorlage des Jahresberichts 2006.<sup>3</sup> Allerdings hatte er bereits vier Jahre zuvor die Möglichkeit einer irakischen Bombe in Erwägung gezogen und damit weltweit blinden Alarm ausgelöst. Bei der Schätzung der Frist für den Zeitraum, den Iran zur Fertigstellung einer Bombe benötigt, gleichen sich die Prognosen. John Negroponte, der Direktor der US-Geheim-

dienste, spekuliert im Juni 2006, bis 2010 werde es so weit sein.<sup>4</sup> Auch private Institute und Stiftungen in den USA gehen von einem Zeitraum von drei bis vier Jahren aus.

In zwei Punkten ähneln sich alle Aussagen: Niemand behauptet, dass Iran schon im Besitz der Bombe sei. Und in den Prognosen und Spekulationen über das diesbezügliche Potenzial des Landes heißt es, es fehle ihm die für eine Bombe benötigte Menge an hoch angereichertem Uran. Es herrscht sogar weitgehend Einigkeit darüber, dass Iran ohne zusätzliche geheime Produktionsstätten in absehbarer Zeit nicht genügend Uran herzustellen in der Lage sei. Die Kapazität der bisher bekannten Anlagen reiche zudem nicht aus, um bereits in den kommenden Jahren eine Bombe herstellen zu können. Es werden sogar Vermutungen geäußert, der iranische Präsident übertreibe die Erfolge bezüglich der Urananreicherung, um seine Stellung zu festigen. So stamme das zu diesem Prozess erforderliche Uran-Hexafluorid gar nicht aus der eigenen Produktion, sondern es sei 1991 von China gekauft worden.<sup>5</sup> Allerdings wird damit auch deutlich, wie schwer es ist, den iranischen Machthabern eine zeitlich exakte Entwicklung eines militärischen Atomprogramms nachzuweisen.

Den Beteuerungen aus Teheran, man habe nicht die Absicht, eine Bombe zu bauen, schenkt die internationale Staatengemeinschaft allein schon deshalb keinen Glauben mehr, weil die iranische Führung in den vergangenen Jahren die Öffentlichkeit weltweit über das Ausmaß des Atomprogramms und die Arbeiten daran getäuscht hat. Vor Ort lässt sich kein Eindruck gewinnen, zu sehr sind Dichtung und Wahrheit vermengt, zu üppig sprießen Gerüchte. In den vergangenen fünf Jahren bin ich mit vollkommen widersprüchlichen Aussagen konfrontiert worden. Dozenten und Professoren behaupten, wenn im Lande an mili-

tärischen Atomprogrammen gearbeitet werde, müssten sie es wissen; deren Existenz sei auszuschließen. Gleichzeitig wird aber von Forschungszentren in Bergstollen und unterirdischen Produktionsstätten gemunkelt. Nur gibt es dafür keine Beweise, und auch den Inspektoren der IAEA mangelt es diesbezüglich an konkreten Belegen.

In dieser Situation könnte es sich vielleicht als hilfreich erweisen, die offiziellen Aussagen von Verantwortlichen zu bewerten. Vor allem Hojatolislam Hassan Rohani, der ehemalige Generalsekretär des iranischen Nationalen Sicherheitsrats, geht in Reden und Artikeln auf Details der iranischen Verhandlungen und des Atomprogramms ein.<sup>6</sup> Aber auch hieraus ergibt sich keine Indizienkette, aus der ersichtlich wird, dass man in der Islamischen Republik bereits an der Entwicklung der Bombe arbeitet. Dies zeigen auch die IAEA-Berichte. Bis heute hat die Wiener Behörde Iran nicht vorhalten können, ein militärisches Atomprogramm zu betreiben. Fragen der IAEA, die Teheran nicht beantwortet, deuten auf mögliche militärische Planungen. Aber auch das muss noch lange nicht heißen, dass das Land die Bombe konstruiert oder ihre Entwicklung plant.

Iranische Militärs wie etwa der langjährige Verteidigungsminister Admiral Ali Shamkani haben mir gegenüber beteuert, Iran baue keine Atomwaffen und wolle sie auch nicht. Schließlich sei die Herstellung der Bombe aus religiösen Gründen verboten. Diesen Hinweis habe ich immer als Totschlagargument empfunden. Denn bei genauerem Nachfragen würde ich die Befragten indirekt beschuldigen, nicht gläubig zu sein. Gleichzeitig ist das Lügen aber aus religiöser Sicht erlaubt, wenn damit eine Gefahr vom Islam abgewendet werden kann. Also ist – genau gesehen – der Hinweis auf das Verbot der Atomrüstung aus Glaubensgründen nicht wirklich entlastend.



Ulrich Tilgner

## **Zwischen Krieg und Terror**

Der Zusammenprall von Islam und westlicher Politik im Mittleren Osten

Gebundenes Buch mit Schutzumschlag, 304 Seiten, 13,5 x 21,5 cm  
ISBN: 978-3-570-00932-1

C. Bertelsmann

Erscheinungstermin: November 2006

VOM SONDERKORRESPONDENTEN DES ZDF FÜR DEN MITTLEREN OSTEN. DIE HINTERGRÜNDE DES ISLAMISCH-WESTLICHEN KONFLIKTS.

Weder Militärs noch Diplomaten haben die Krisen im Mittleren Osten noch unter Kontrolle. Nur jenseits militärischer Aktionen und Angriffsdrohungen gibt es einen Weg, gemeinsam eine friedliche Entwicklung ohne Gewalt zu fördern. Ulrich Tilgner, Journalist vor Ort, über eine Region zwischen Krieg und Frieden.

Der uralte Kampf zwischen Morgenland und Abendland droht wieder aufzubrechen – mit gefährlichen Konsequenzen für den Weltfrieden. Mit ihrem Krieg gegen den Terror haben insbesondere die USA jene Geister gerufen, die sie eigentlich schwächen und vernichten wollten. Diese These vertritt der Journalist Ulrich Tilgner, der seit über 25 Jahren aus der Region berichtet und tiefe Einblicke in die sensibelsten Bereiche orientalischer Politik hat. Ob er die Auseinandersetzungen um das iranische Atomprogramm beleuchtet, das Wiedererstarken der Taliban in Afghanistan beschreibt oder den drohenden Bürgerkrieg im Irak, überall, wo die USA den Konflikt eskalieren lassen, beschleunigen sie die Radikalisierung und Re-Islamisierung der Gesellschaft. Viele Gläubige im Mittleren Osten sehen in der amerikanischen Konfliktstrategie einen Versuch, den Islam insgesamt zu schwächen. Damit spielt jede Form der Eskalation den radikalen Kräften in die Hände, die im aufbrechenden Kulturkampf den Islam um jeden Preis vor westlichen Wertvorstellungen schützen wollen. Dialogbereite Kräfte verlieren an Bedeutung. Die Gefahr, dass sich mit jeder militärischen Aktion der Terrorismus ausbreitet, da er idealen Nährboden findet, kann, so Tilgner, nicht hoch genug eingeschätzt werden. Deshalb plädiert er für den Dialog zwischen den Kulturen, um die Probleme eines komplexen Modernisierungsprozesses im Mittleren Osten zu bewältigen, ohne uralte Abwehrmechanismen neu auszulösen.